

# Verschärfung in Fern-Ost

## Wirtschaftskrieg gegen Japan

III. München, 26. Juli.

Der Streit zwischen Japan und Nanjing nimmt an Schärfe zu. Die Nanjing-Regierung wird die japanische Protestnote gegen die Vertragsaufhebung und die Einmischung in die mandchurischen Angelegenheiten mit zwei Maßnahmen beantworten. Es wurde beschlossen, in ganz China den Boykott über japanische Waren zu verhängen. Man hofft, durch diesen Wirtschaftskrieg Japan in einem halben Jahre zum Nachgeben zu zwingen. Die japanische Regierung hat bereits die Mehrheit seiner Konsuln in China zur Beratung über Gegenmaßnahmen nach Tokio berufen. Weiter soll in der Mandchurei eine japanfeindliche Agitation durchgeführt werden, um die Mandschuern durch innere Unruhen zu stürzen. Bei der Ankunft in Dalen wurde eine Reihe Abgeordneter der Nanjing-Regierung durch die japanische Polizei verhaftet. Zur Durchführung der Agitation befinden sich aber schon zahlreiche Kuomintangleute in der Mandchurei. Tschiangkai-schek begibt sich demnächst zum Nanjing-Parteitag, der weitere Maßnahmen beschließen will.

## Das Tanager-Abkommen unterzeichnet

III. Paris, 25. Juli.

Das am 17. Juli paraphierte Abkommen über die Abänderung des internationalen Tanagerstatuts ist heute normiert im französischen Außenministerium von dem spanischen Vizekonsul Quinones de Leon, dem englischen Vizekonsul Lord Crew, dem italienischen Vizekonsul Graf Manzoni und dem Generalsekretär des französischen Außenministeriums Philippe Berthelot unterzeichnet worden. Der Text des Abkommens, dem beizutreten Belgien, die Vereinigten Staaten, Holland, Schweden und Portugal aufgefordert werden sollen, wird in den nächsten Tagen veröffentlicht werden.

## Die SPD im Solde des Braukapitals

### Zur Bierunternehmerpolitik der SUZ

In Berlin war es die Seife und in Leipzig stellten die Bierunternehmer des Volkshauses einen wichtigen Teil der kommunistischen Propaganda dar. Die städtische Arbeiter-Zeitung hatte die Behauptung aufgestellt, daß die Bierunternehmer mit dem Ausdruck „Wählt SPD“, die im Volkshaushaus zur Verwendung kamen, von den Bierunternehmern geliefert worden seien. Ergo wurde in echt kommunistischer Weise argumentiert, die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften ließen sich vom Braukapital subventionieren.

Selbstverständlich sind Wochen ins Land gegangen. Die SUZ spielt andere, wenn auch nicht neuere Rollen. Jetzt aber kommt der Beweis dafür, daß zwar nicht die SPD, wohl aber die KPD vom Braukapital tatsächlich subventioniert worden ist. Das ist nicht eine Behauptung, die sich irgendein sozialdemokratischer Redakteur — wie das etwa die SUZ behaupten könnte — aus den Fingern gezogen hat. Diese Feststellung wurde vielmehr von kommunistischen Betriebsräten gemacht und dagegen wird selbst die SUZ nichts einzuwenden vermögen. Der Vorgang selbst spielte sich in der kommunistischen Hochburg Götting ab. Wir entnehmen eine Schilderung darüber unserem Erfurter Parteiorgan, in dem es heißt:

„In der „Mitropa“ in Götting befindet sich eine Kantine, die von einer Brauerei mit Bier beliefert wird. Das Bier wird an die Arbeiterkassette zum Preise von 30 Pfennig für den halben Liter abgegeben. Es lieferte außerdem aber auch noch eine andere Brauerei, die durch einen Arbeiter den halben Liter zu 25 Pfennig abgab. Eine Sitzung befachte sich nun damit, auch für die Kantine das billigere Bier, das sogar besser sein soll als das teure, einzuführen. Nichts war verständlicher als dieses Verlangen. Eigenartigerweise aber konnte sich der Betriebsrat nicht zu diesem Entschluß durchringen, und zwar deswegen nicht, weil der Vorsitzende Bader erklärte, daß unmöglich der Brauerei die Lieferung entzogen werden könnte, da — man höre und staune —

die kommunistische Partei jährlich 500 Mark von der Brauerei erhalte.

Und die übrigen kommunistischen Betriebsratsmitglieder erwiesen sich als getreue Untertanen und befehlten den alten Baderanten bei. Dem Arbeiter aber wurde der Verkauf des billigeren Bieres untersagt. Die Belegschaft ist also gezwungen, das teure Bier aus der Kantine zu entnehmen, damit die kommunistische Partei der

Geldunterstützung durch das Braukapital nicht verlustig geht. Es sind aber nicht alle Arbeiter so dumm, daß sie solche Schachergeschäfte mitmachen. Sie sind in einen Bierstreik eingetreten.“

Wißt Bierstreik der Arbeiter in einem Göttinger Betrieb gegen die „arbeiterfreundliche“ Brauerei, die den Proleten das Bier um 5 Pfennig teurer lieferte, damit der Subventionsbeitrag von 500 Mark, den sie der KPD gewährte, wieder herausgewirtschaftet werden konnte. Diese Feststellung wurde, wie aus vorstehendem ersichtlich ist, von dem kommunistischen Vorsitzenden des Betriebsrates gemacht. Und damit vergleiche man die wüsten Beschimpfungen, die die SUZ während des Wahlkampfes gegen die Volkshausverwaltung, die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei gerichtet hatte. Das Volkshaus hat bekanntlich aus eigenen Mitteln auf die von den verschiedensten Brauereien gelieferten Bierunternehmer die ominöse Aufschrift drucken lassen. Die SUZ aber wird um so wüßtiger schimpfen, wenn durch den Bierstreik der Göttinger Arbeiter verhindert wird, daß ihrer Hochburg der Subventionen des Braukapitals verlustig gehen. Aber auch sonst hat es den Eindruck, als ob die KPD von der Unterstützung der Unternehmer lebte. Tatsächlich dient ihre Spaltungspolitik lediglich den Interessen des Kapitals.

## Verleumdungen

SPD Warschau, 24. Juli.

Vor mehreren Wochen wurde dem Sozialisten Malinowski von einer polnischen politischen Schriftstellerin vorgeworfen, daß er als Mitglied der polnischen Sozialistischen Partei und als Stellvertreter der Polizei Spionagedienste erwiesen habe. Insbesondere sollte er mehrere Sozialisten an die Polizei verraten haben. Diese Vorwürfe, die allergrößtes Aufsehen erregten, wurden von der Regierungspresse aufgegriffen und zu einem Feldzug gegen Malinowski und die sozialistische Partei benutzt. Malinowski übergab die Angelegenheit dem parlamentarischen Gericht, das am Dienstag nach eingehender Prüfung zu der Feststellung kam: Sämtliche Beschuldigungen gegen Malinowski entbehren jeder Grundlage.

## Die amerikanische Chinapolitik

SPD Berlin, 26. Juli (Radio).

In Washington wird der Wortlaut der neuen Kelloggnote an China veröffentlicht. In der Note, die in Form eines Schreibens des amerikanischen Gesandten an den Außenminister der nationalchinesischen Regierung gerichtet ist, wird die Bereitwilligkeit der Vereinigten Staaten betont, sofort Verhandlungen mit der Nanjing-Regierung aufzunehmen, um neue Handelsabereinkünfte auf der Grundlage der Zollautonomie und der gegenseitigen Meistbegünstigung abzuschließen.

In der Note heißt es u. a., daß die Vereinigten Staaten glauben, bei aller Anerkennung der großen Schwierigkeiten, mit denen die chinesische Nation zu kämpfen habe, daß ein geeinigtes neues China in Bildung begriffen sei. Das amerikanische Volk hoffe, daß diese Regierung Erfolg haben möge.

## Ein Staatsstreik gegen Nanjing

SPD Berlin, 26. Juli (Radio).

Der amerikanische Konsul in Tschifu meldet, daß zu Tschufu ein Staatsstreik ausgeführt und die Flotte der Nordarmee geächtet habe. Er habe die eben erst eingeleiteten Beamten der nationalchinesischen Regierung, soweit sie nicht im japanischen Konsulat Zuflucht gefunden hätten, gefangenengelegt.

## Sollverhandlungen zwischen Washington und Nanjing

III. Washington, 25. Juli.

Das Staatsdepartement gibt eine an die neue chinesische Zentralregierung gerichtete Note bekannt, in der sich die amerikanische Regierung mit dem chinesischen Vorschlag, Verhandlungen über einen neuen Zolltarifvertrag einzuleiten, der China volle Autonomie gewährt, einverstanden erklärt.

## Die ägyptische Krise

III. Kairo, 26. Juli.

Die Mitglieder der Wafdpartei hielten heute nacht eine Versammlung ab, in der, wie verkündet, beschlossen wurde, daß 115 Abgeordnete und Senatoren einen Zug zum Parlament zu gebäude unternehmen sollen, das am Sonnabend von der Regierung verriegelt worden ist. Dabei ist zu bemerken, daß beide Häuser zusammen 335 Mitglieder zählen. Die Wafdpartei hatte auch vorgeschlagen, morgen in Damahur in Unterägypten eine Versammlung abzuhalten, aber die Behörden haben, wie berichtet wird, die Versammlung verboten und ägyptisches Militär wurde in die Stadt geschickt, um die Ordnung aufrechtzuerhalten. Im Lande herrscht im allgemeinen völlige Ruhe.

## Ein vermurkster Streik

SPD London, 25. Juli.

Der Streik der ägyptischen Rechtsanwälte soll nach dem in London vorliegenden Bericht bisher ziemlich glücklich verlaufen sein, da sich ein großer Teil der Juristen überhaupt nicht beteiligt. Viele Rechtsanwälte wurden durch die Weigerung der Gerichtshöfe, Zutrittprozesse zu verhängen, geradezu gezwungen, den Dienst zu versehen. Der Streik war als Protest gegen die verfassungswidrigen Maßnahmen des Königs gedacht. Sein künftiger Ausgang hat der ägyptischen Regierung mehr genutzt als geschadet.

## Von der Hebermacht erdrückt

III. New York, 25. Juli.

Wie New York Times erfährt, hat Marineminister Wilbur bei seinem letzten Besuch dem Präsidenten Coolidge erklärt, man habe Gründe anzunehmen, daß der Führer der Aufständischen in Nicaragua, General Sandino, nach Honduras geflüchtet sei. Das Land sei übrigens jetzt beruhigt und man erwarte keinerlei Störungen bei den nächsten Wahlen in Nicaragua.

## Amanullah als „Reformator“

III. Peshawar, 25. Juli.

Nach dem Kabulet Blatt Amani asghan kündigte König Amanullah in einer Versammlung von hohen afghanischen Beamten den demnächst bevorstehenden Zusammentritt eines Rates der Vertreter des Volkes an, an dem die Regierungsbeamten nicht teilnehmen werden. Der König verurteilte die Korruption im Lande. Künftig werde jeder Staatsbeamte, der eine zweite Frau heirate, sein Amt abgeben müssen. Hinsichtlich der Beamten, die bereits mehrere Frauen haben, werde später eine Erklärung abgegeben werden. Der König forderte seine Beamten und sein Volk auf, Sport zu treiben, was der Gesundheit förderlich sei.

## Kriegerische Absichten oder nicht?

SPD Warschau, 25. Juli.

Im Zusammenhang mit der litauischen Note an den Völkerbund hat die polnische Regierung am Mittwoch ein Kommando veröffentlicht, in dem erklärt wird, daß keinerlei militärische Manöver im Wilnagebiet vorgesehen seien. Es würden dort lediglich die jedes Jahr nach der Ernte im ganzen Lande üblichen Übungen derjenigen Truppenteile stattfinden, die in dem betreffenden Landesteil stationiert seien. Infolgedessen stelle die litauische Note einen neuen Versuch dar, Polen kriegerischer Absichten zu beschuldigen. Das sei um so besorgniserregender, als Litauen den polnischen Vorschlag eines Nichtangriffspaktes abgelehnt habe.

## Englischer Druck auf Litauen

III. London, 25. Juli.

Außenminister Chamberlain erklärte am Mittwoch nachmittag auf eine Anfrage im Unterhause, der britische Gesandte in Riga sei angewiesen worden, dem litauischen Außenminister gegenüber nachdrücklich zu betonen, es sei wünschenswert, daß Litauen den Empfehlungen des Völkerbundesrates bezüglich der polnisch-litauischen Streitfälle nachgebe. Wie er unterrichtet sei, wären ähnliche Vorstellungen erfolgt oder würden noch erfolgen durch die Gesandten Frankreichs und Deutschlands. Der britische Gesandte in Riga habe bisher noch nicht Bericht erstattet.

eines Nebenpunktes wegen erfolgt, wenn wir auch hervorheben möchten, daß unter den besonderen Verhältnissen in der sächsischen Textilindustrie dieser Punkt gewerkschaftlich sehr wichtig ist. Schlimmer ist die in der Begründung ausgesprochene Ansicht, daß die im Schiedspruch vorgezeichnete Regelung der Arbeitszeit der Billigkeit entspreche und den Interessen beider Teile gerecht werde. Dagegen erhebt der Textilarbeiter nachdrücklich Protest und erklärt: „Der Schiedspruch entspricht in keiner Weise der Billigkeit und den Interessen der Arbeiterklasse“. Der Artikel des Textilarbeiters schließt:

„Unter Berücksichtigung aller Umstände halten wir die Begründung der Ablehnung der Verbindlichkeitsklärung des Schiedsgerichts für Sachlich verfehlt. Die Interessen der Textilarbeiter werden in erheblichem Maße verletzt. Es wäre wünschenswert, daß das Reichsarbeitsministerium sich auch einmal der Mühe unterziehen würde, so schwerwiegende und so leicht niedergeschriebene Begründungen wirklich einmal mit sachlichen Argumenten, die dem Ernst der Sache entsprechen, zu klären.“

Besonders bedenklich ist in der „Begründung“ die Zustimmungserklärung zu der im Schiedspruch vorgezeichneten Regelung der Arbeitszeit deshalb, weil sie die nachfolgende Schlichtungsbehörde direkt festlegte. Der Textilarbeiter stellt fest, daß ein solches Verfahren „bisher nicht üblich“ war, und er bedauert, daß es nunmehr angewandt wird. Der „Erfolg“ dieser Anwendung zeigte sich am 24. Juli in Dresden, als dort eine neue Schlichterkammer einen abgeänderten Schiedspruch über die Arbeitszeit in der westsächsischen Textilindustrie zu fällen hatte. Durch das Reichsarbeitsministerium war der sächsische Landesminister Herr Haack durch den Sonderentscheid Kunze (Berlin) ersetzt worden. Der Schiedspruch aber bleibt durchaus im Sinne der Vorinstanz.

Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit wurde durch den neuen Schiedspruch auf 48 Stunden festgelegt. Diese Festsetzung ist aber reine Theorie, da nach Absatz 4 die Unternehmer berechnen, „im Bedarfsfalle wöchentlich drei Ueberstunden anzuordnen“. Das heißt also, daß es vollkommen der Willkür der Unternehmer unterliegt, die „grundtägliche“ 48stündige Arbeitswoche in eine 51stündige zu verwandeln. „Weitere Ueberstunden“ sollen zwar „nur mit Zustimmung der gesetzlichen Betriebsvertretung zulässig“ sein, jedoch steht der Schiedspruch die Möglichkeit vor, gegen die Weigerung der Betriebsvertretung Berufung an das Zentrale Schiedsgericht einzulegen.

Eine Verschlechterung des bisherigen Zustandes bringt die neue Regelung der Kurzarbeit. Bisher waren die Unternehmer gezwungen, vor der Anordnung von Kurzarbeit das Einverständnis der Arbeiter einzuhalten, oder diese andernfalls zu entlassen. Betraf eine solche Entlassung aber mehr als 5 Prozent der Belegschaft, so mußte seitens der Unternehmer mit vier Wochen Sperrfrist teilweise Stilllegung beantragt werden. Zukünftig kann Kurzarbeit angeordnet werden mit der einzigen Bedingung, daß „eine Lohnminderung entsprechend der Arbeitsstreckung erst von dem Zeitpunkt ab“ eintreten darf, „an dem das Arbeitsverhältnis nach den allgemeinen gesetzlichen oder vertraglichen Bestimmungen enden würde“. Durch diese neue Bestimmung ist für die Unternehmer die Frist abgeklürzt worden, die bisher als ein gewisser Schutz für die Arbeiter bestand, und es wurde gleichzeitig das Verfahren auf Kurzarbeit für die Unternehmer vereinfacht.

Es ist verständlich, daß die Unternehmer den neuen Schiedspruch sofort angenommen haben. Die Textilarbeiter werden ihn ablehnen, und das Reichsarbeitsministerium wird Anfang der nächsten Woche über die von den Unternehmern beantragte Verbindlichkeitsklärung zu entscheiden haben. Wir erwarten dringend, daß dabei nicht wieder Herr Sighler den Genossen Willkür „vertritt“, sondern daß der Genosse Willkür dafür sorgt (sofern er diese Macht in der Koalitionsregierung hat), daß für die von der Arbeiterschaft erhoffte und als Erfolg der Koalitionspolitik in Aussicht gestellte bessere Schlichtungspraxis ein deutliches Beispiel gegeben wird.

## Dr. Simons über die Kandidatur im Haag

III. Leipzig, 25. Juli.

Der Präsident des Reichsgerichts, Dr. Simons, hat dem Vertreter der II folgende Mitteilung gemacht:

„Ich habe amtlich keine Kenntnis davon, daß ich von irgend-einer Seite als Mitglied des Ständigen Internationalen Gerichtshofes im Haag vorgeschlagen bin. Es handelt sich dort nach meiner Kenntnis jetzt um den Ersatz für eines oder zwei Mitglieder, die auscheiden. Ueber die Frage, ob ich im Falle einer Wahl in den Ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag diese Wahl annehmen würde, kann ich mich erst äußern, wenn man in politischer Form an mich herantritt.“

## Kommission für geistige Zusammenarbeit

SPD Genf, 25. Juli.

Unter dem Vorsitz des englischen Philosophen Professor Murray eröffnete die Kommission des Völkerbundes für geistige Zusammenarbeit am Mittwoch ihre 10. Tagung. Zu ihren Mitgliedern gehören u. a. der Generaldirektor der preussischen Staatsbibliothek Kutz und die bekannte französische Psychikerin Frau Curie.

In einer Auseinandersetzung über den Aufgabenkreis der Kommission betonte der französische Kriegeminister und Mathematiker Painlevé mit Recht, daß die Behandlung der Berufsfragen der geistigen Arbeiter dem Internationalen Arbeitsamt zu überlassen sei, und er damit eine Feststellung vom vorigen Jahre wiederholte. Schon Hermann Müller (Lichtenberg) hatte als Führer der Arbeitnehmergruppe im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes im vorigen Jahre gegen die Art, wie das Internationale Arbeitsamt und der Völkerbund die Arbeitsbedingungen der geistigen Arbeiter untersuchen wollen, im Namen der Gewerkschaftsbewegung Einspruch erhoben. Im übrigen begünstigte man sich damit, die Fortschritte der früher angefertigten geistigen Zusammenarbeit besonders hinsichtlich des Unterrichts der Jugend über Aufgaben und Ziele des Völkerbundes festzustellen. Der Plan einer Zeitschrift, die die Pädagogen über diese Fragen auf dem laufenden halten soll, wurde einer Unterkommission überwiesen.

Die Kommission, die voraussichtlich Ende der Woche ihre Arbeiten beenden wird, hat sich u. a. mit dem von Italien dem Völkerbund angebotenen Institut für pädagogische Filme zu beschäftigen, dessen vorläufige Sitzungen noch zu prüfen sind.

## Englische Munitionsfabrik in Lettland

SPD Berlin, 26. Juli.

Nach einem Telegramm aus Moskau ist der Direktor der englischen Rüstungswerke Vickers-Armstrong in Riga eingetroffen. Er soll Pläne zur Gründung einer Aktiengesellschaft zur Herstellung von Munition in Lettland beschreiben haben, die eine Filiale der englischen Firma werden soll.